

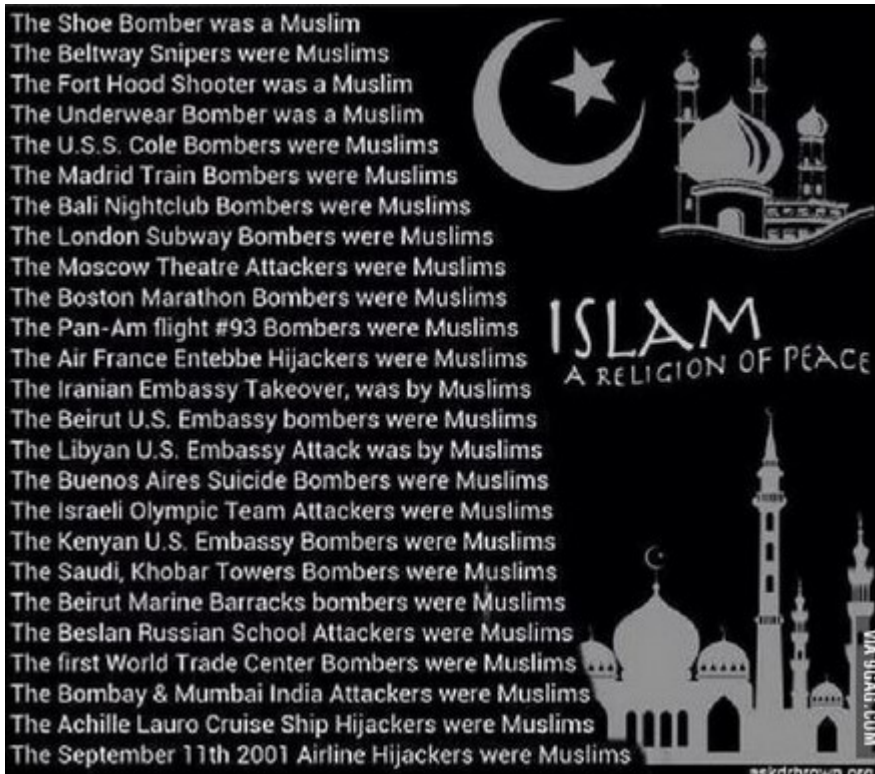


## **Video: WDR-Monitor hetzt über die AfD**

*(Das vollständige Video gibt es auch mittlerweile auf der [Monitor-Webseite](#))*

---

## **Leon de Winter über die „Religion des Friedens“**



[...]

Unsere verantwortlichen Führer wiederholten immer wieder, dass der Islam – ich bitte um Entschuldigung, dass ich das so ungehobelt sage, aber das ist ja gerade das Thema, um das wir einen Bogen machen – eine Religion des Friedens sei. Jedes mal sagten sie der nicht islamischen Welt, dass islamische Terroristen nur dem Namen nach islamisch seien. Dass die Terroristen eine Perversion einer friedlichen Religion seien. Eine Weile lang hat das funktioniert. Aber die Enthauptungen, die wir gerade in Syrien und im Irak erleben, machen es immer schwerer, einige unangenehme Ahnungen über diese große abrahamitische Religion namens Islam zu unterdrücken. ([Weiter in der WELT](#). Prädikat: Must-Read!)



# Video: Brigitte Gabriel vor UN zum Antisemitismus

(Hat-tip: Sefi)

---

## Italienischer Bischof richtet Appell an Moslems



Italien, du hast es besser! Während in Deutschland die gesamten Kirchenvertreter den Moslems nach dem Mund reden und sich für einen interreligiösen Dialog mit dem

Islam aussprechen, zeigt der italienische Bischof von Imola, Tommaso Ghirelli (Foto), klare Kante.

[Katholisches.info](http://Katholisches.info) berichtet:

*Ungewohnt klare Worte fand Bischof Tommaso Ghirelli von Imola (Italien) Anfang September zur Christenverfolgung im Nahen Osten, in Nigeria, Nordafrika und anderen islamisch dominierten Teilen der Erde. An die in Europa „unter uns“ lebenden Moslems sprach er ein Entweder-oder aus. „Entweder die Moslems verurteilen die Grausamkeiten oder sie sollen unser Land verlassen“.*

*In einem offenen Brief, der in der Kirchenzeitung Il Nuovo Diario Messaggero der Diözese veröffentlicht wurde, wendet sich Bischof Ghirelli an die „unter uns lebenden Moslems“. Diese forderte er auf, eine eindeutige Haltung gegen die von Moslems in verschiedenen Teilen der Welt begangenen Verfolgungen und Grausamkeiten einzunehmen. „Andernfalls sollten sie den Mut haben, unser Land zu verlassen, denn niemand will Feinde im eigenen Haus“.*

*Bisher gibt es keine offiziellen Reaktionen durch die islamische Gemeinschaft. Mohamed Sabir, der Vorsitzende des Islamischen Kulturzentrums von Imola habe jedoch vor, am 11. September bei den in Italien an vielen Orten üblichen behördlichen Gedenkveranstaltung zum 13. Jahrestag der Attentate auf die Twin Towers in New York Stellung zu nehmen.*

### ***„Gutmenschentum und Intoleranz überwinden“***

*In seinem Brief wendet sich Bischof Ghirelli auch an die Politiker: „Ihr habt die Pflicht, nicht eine Vormachtstellung zu schützen und zu verteidigen, sondern das Leben und die Freiheit der Menschen. Andernfalls werdet ihr euer Schweigen und feiges Verhalten teuer bezahlen.“*

*Und weiter: „Und wir Bürger, hören wir auf, generell gegen die Ausländer zu sein. Fordern wir vielmehr die unter uns lebenden Moslems auf, zu beweisen, daß sie eine Ehre haben, daß sie öffentlich Position gegen die Verfolgungen und die Grausamkeiten ergreifen sollen.*

*Wir wissen, daß sie von den Radikalen eingeschüchtert sind. Es ist aber der Moment gekommen, den Teufelskreis der Gewalttaten zu durchbrechen, indem wir sowohl das Gutmenschentum als auch die Intoleranz überwinden.“*

*Entweder nehmen die Moslems eine klare Haltung gegen die Verfolgungen und Gewalttaten ein oder sie sollten so redlich und konsequent sein und Europa verlassen, so der Bischof von Imola.*

Leider wird es weder eine ernstzunehmende Distanzierung von der Gewalt geben, noch werden Politiker oder Medien sich offen gegen die islamische Ideologie stellen. Moslemische taqiyyageleitete Heuchelveranstaltungen zum 11. September sind ebenso unglaubwürdig, wie die nicht zu Taten führende Verurteilung der moslemischen Mörderbanden Boko Haram und ISIS durch westliche, kleinlaute Politiker. Nur die zunehmend auch hier in Europa im Alltag bedrohte Bevölkerung kann eine Kehrtwende herbeiführen. Ein Anfang, wenn auch nur ein kleiner, ist vielleicht die Petition: „[Kein Asyl für radikale und gewaltbereite Muslime!](#)„. Aufwachen, mitmachen, handeln.

Wer Lust hat, sich beim italienischen Bischof Tommaso Ghirelli per Email für seine klaren Worte gegenüber den Muslimen zu bedanken, kann diesen Satz „Grazie, Monsignor Tommaso Ghirelli, per le vostre parole chiare riguardo ai musulmani“ schicken an:

» [vescovo@imola.chiesacattolica.it](mailto:vescovo@imola.chiesacattolica.it)

Wir gehen davon aus, dass sich der Bischof über jeden Zuspruch aus dem Ausland freut.



# 9/11- dreizehn Jahre danach

# und nichts gelernt



Heute vor 13 Jahren schockte der schlimmste Terroranschlag in der Geschichte des Islams gegen den Rest der Welt die Menschen. Bis zu diesem Tag schienen die USA das Vorbild für scheinbare Unangreifbarkeit und Macht zu sein. Mohammed Atta und seine Todesschwadron zeigten uns, wie verwundbar wir sind. Haben wir daraus gelernt? Sind wir heute besser gerüstet? Haben wir die Gefahr des Islams erkannt? Nein! Dümmer und naiver denn je stehen wir da und warten auf den nächsten großen Knall.

*(Von L.S.Gabriel)*

Was hat sich getan?

Am 12. September 2001 verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Anschläge als „Bedrohung des Weltfriedens“. George W. Bush proklamierte den Krieg gegen den Terror und startete, mit dem Einmarsch in Afghanistan, am 7. Oktober 2001 die Operation Enduring Freedom. Ziel war es, Osama bin Laden, den Kopf der Anschläge vom 11. September, auszuschalten und die Taliban-Diktatur zu beenden.

Obwohl der damalige stellvertretende Verteidigungsminister der USA Paul Wolfowitz am 26. September, bei einem Ministertreffen in Brüssel, darauf verzichtete den NATO-Bündnisfall auszurufen – die USA sehe die Notwendigkeit einer kollektiven Aktion nicht und würde, wenn nötig, darum bitten -, wurde der

Bündnisfall am 4. Oktober 2001, zum ersten Mal in der Geschichte, beschlossen. George Robertson, der damalige Generalsekretär sagte, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen Bündnispartner als Angriff gegen alle angesehen werde.

Europa war aus seinem Dornröschenschlaf aufgeschreckt worden und das ernstzunehmende Gefühl der Bedrohung ließ sich plötzlich nicht mehr beiseite schieben. So fanden sich unter anderem Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal, Dänemark und Norwegen 2003 zur „Koalition der Willigen“ zusammen, um, gemeinsam mit den USA, den Sturz Saddam Husseins herbeizuführen.

## **11/M**

Die Gegenaktion ließ nicht lange auf sich warten. Madrid, am 11. März 2004, drei Tage vor den Parlamentswahlen, detonierten am frühen Morgen, in mehreren vollbesetzten Pendlerzügen, insgesamt zehn Sprengstoffpakete. 191 Tote und ca. 1400 bis 1800 Verletzte waren die entsetzliche Bilanz dieses Terroraktes. Wer genau aufgepasst hatte, konnte schon damals den Willen der Politik erkennen, den islamischen Terror zu verschleiern. Der damalige spanische Innenminister Angel Acebes fühlte sich bemüßigt zu betonen, dass es keine Hinweise in diese Richtung gebe und jubelte die Tat vorerst einmal der baskischen Terrororganisation Eta unter. Allerdings nutzte die linke Partido Socialista Obrero Español (PSOE) die Gunst der Stunde und stellte, kurz vor der Wahl, die Verbindung zwischen dem Anschlag und dem spanischen Einsatz im Irak her. Es reichte letztendlich um die Konservativen so zu schwächen, dass es zu einer Minderheitsregierung der Linken kam, die dann auch gleich 2004 die spanischen Truppen aus dem Irak abzog.

## **7/7**

Im Juli 2005 fand sich London gleich zweimal in Gesellschaft von New York und Madrid wieder. Am 6. Juli entschied die Stadt den Wettstreit um die Olympischen Spiele 2012 gegen diese

Kontrahenten für sich. Die Londoner waren noch in Feierlaune, als tags darauf, am Morgen des 7. Juli 2005, mitten im Berufsverkehr, beinahe zeitgleich vier Rucksackbomber den Märtyrertod suchten. In drei U-Bahnzügen und einem Bus starben insgesamt 56 Menschen und mehr als 700 wurden verletzt.

Anders als im Jahr davor, in Spanien, ließ man hier keine Zweifel über die Attentäter aufkommen. Es handelte sich um vier junge Männer mit pakistanischem Migrationshintergrund. Was aber auffiel, die britische Presse legte in ihrer Berichterstattung Wert auf die Bezeichnung „homegrown“. Also, in der Heimat gewachsener Terror. Drei der vier Terroristen waren in Großbritannien geboren worden, einer in Jamaika, aber auch er war in Großbritannien aufgewachsen.

Der damalige Premierminister Tony Blair erklärte in einer Pressekonferenz:

*„Es ist wichtig, dass die Terroristen erkennen, dass unsere Entschlossenheit, unsere Werte und unsere Lebensweise zu verteidigen größer ist, als ihre Entschlossenheit, Tod und Zerstörung über unschuldige Menschen zu bringen, in dem Wunsch, den Extremismus der Welt aufzuzwingen.“*

Gleichzeitig holte er den Islam aber auch wieder mit ins Boot:

*„Darüber hinaus [begrüße ich die Erklärung vom Muslim Council](#), dass sie wissen, dass diese Menschen im Namen des Islam handelten, aber auch, dass die große und überwältigende Mehrheit der Muslime hier und im Ausland, anständige und gesetzestreue Menschen seien und, dass sie diesen Akt des Terrorismus genauso verabscheuen, wie wir es tun.“*

Die sonst so unaufgeregte Metropole hatte bereits unmittelbar nach 9/11 aufgerüstet und sich Know-how aus Ländern geholt, die mit Terror dieser Art mehr Erfahrung hatten. Diese Schulungen im Ausland führten, zum Beispiel zur „[Operation](#)



Kratos“, einer sogenannten shoot-to-kill Regel, die es der Polizei erlaubt, potenzielle Attentäter durch den finalen Schuss in den Kopf auszuschalten.

Schon am 22. Juli 2005, nachdem am Tag davor ein weiterer Anschlag auf die Londoner U-Bahn gescheitert war, fand Operation Kratos ihr erstes Opfer. Jean Charles de Menezes, ein junger Brasilianer, wurde in einer Londoner U-Bahnstation, aufgrund einer Fehleinschätzung der Situation, getötet. Spätestens jetzt war die Nervosität, die plötzlich herrschte, offensichtlich.

Während Europa mit den Schockwellen des 11. September kämpfte und nicht wirklich wusste, wie es künftigen Bedrohungen dieser Art effektiv begegnen sollte, gaben die USA, in gewohntem Unilateralismus, die weitere weltweite Gangart schon vor.

Einiges davon sah, in Bezug darauf dem radikalen Islam Einhalt zu gebieten, vordergründig betrachtet recht vielversprechend aus. Bei genauerer Betrachtung aber wird deutlich, dass parallel zum Aufmarsch der Militärs und der mehr oder weniger kämpferischen Polemik einzelner Politiker, eine zweite Ebene etabliert wurde. Auch diese wurde den Menschen als Maßnahme zur Bekämpfung des Terrorismus verkauft. In Summe aber schränkte sie die Rechte der Bürger in einem Maß ein, das die zu verteidigende Freiheit in ein Gefängnis verwandelte. Anstatt das Krokodil zu bändigen, sperrte man dessen Beute in einen Käfig aus Sicherheitsmaßnahmen.

Schlag auf Schlag bauten nun die USA und Europa ein nie dagewesenes Kontrollsystem auf, zu dessen ersten Opfern die eigenen Bürger wurden.

Nur fünf Wochen nach den Anschlägen auf das World Trade Center installierte die US-Regierung den „Patriot Act I“ (Provide Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism), ein Antiterrorgesetz, das es den Behörden vereinfachte Bankkonten zu öffnen, Telefongespräche

mitzuhören, den elektronischen Schriftverkehr zu überwachen, bis hin zur Einsicht in medizinische Daten der Bürger. Zähneknirschend [gab Microsoft 2011 zu](#), dass davon auch die, von vielen europäischen Unternehmen genutzten, Clouds betroffen wären.

Von nun an konnten unbescholtene Bürger, nur aufgrund einer vermeintlich [verdächtigen Wortwahl](#) in E-Mails, ins Visier der Ermittler geraten.

Auch der Flugverkehr war unmittelbar betroffen. Die von Amerika vorgegebenen neuen Sicherheitsstandards hatten weltweite Auswirkungen. Beschränkungen beim Mitführen von Flüssigkeiten, der Nacktscanner und ein insgesamt unentspannteres Kontrollpersonal waren nur einige der Folgen für Flugpassagiere.

2002 gründete die US-Regierung das U.S. [Department of Homeland Security](#) (DHS), dieses Ministerium soll die Sicherheit der Nation vor Bedrohungen von innen als auch von außen gewähren.

Andere Staaten zogen nach: In Deutschland wurde zum 1. Mai 2004 das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK) eingerichtet. Österreichs Strafgesetzbuch wurde um neue Anti-Terror-Paragrafen erweitert und die Rasterfahndung gesetzlich verankert. Es folgte der [Europäische Haftbefehl](#). 2008 kam, mit dem [EU-Vertrag von Lissabon](#), eine europäische Beistandspflicht bei Terrorangriffen. Auch die umstrittene Vorratsdatenspeicherung wurde unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung angestoßen.

Während in der westlichen Welt die Freiheit der Bürger immer mehr eingeschränkt wurde, eröffneten sich im Krieg gegen den Terror ganz neue Nebenschauplätze, denn schon lange fand der nicht mehr nur irgendwo in der Wüste statt. In Wahrheit sind die Kampfgebiete längst mitten in Europa angekommen. In den Straßen von London, Malmö, Berlin, Wien, Marseille, um nur einige zu nennen. Die autochthone Bevölkerung wird beschimpft,

bedroht, ausgeraubt, vergewaltigt, erschlagen, erstochen, erschossen. Die örtliche Exekutive ist immer öfter überfordert, in vielen Fällen sogar, durch eine schwache Justiz, in ihren Aufgaben nicht nur behindert sondern geradezu sabotiert.

Die Zügellose Zuwanderung von Menschen mit atavistischem Kulturhintergrund sorgt für ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft, das von dieser, mangels geeigneter Erfahrungswerte, nicht ausgeglichen werden kann. Sprich, der Mensch auf der Straße sieht sich im Alltag vermehrt einem Verhalten gegenüber, dem er nichts entgegenzusetzen hat. Die mangelnde soziale und empathische Kompetenz der Aggressoren macht die Bevölkerung hilflos. Die einzige Strategie scheint der Rückzug zu sein.

Es ist ein Zweifrontenkrieg, dem sich die europäische Bevölkerung ausgesetzt sieht. An der einen Flanke steht der gewaltbereite Islam. Die Soldaten Allahs ziehen durch die Städte und demonstrieren gegen die Demokratie und für die Einführung des islamischen Rechts, der Scharia. Sie fordern lautstark unsere Unterwerfung gegenüber dem Diktat des Koran, ihres für sie, und in Folge auch für uns, einzig gültigen Gesetzbuches. Aber auch jene, die sich gemäßigt geben, agitieren eigentlich gegen die Gesellschaft, in die sie sich keinesfalls integrieren, der sie sich nicht ein Jota annähern wollen. Sie fordern neue Regeln für Schulen, für das öffentliche Feiern nicht muslimischer religiöser Feste und auch für den Umgang mit Lebensmitteln.

Die zweite Front bildet die Politik, die ihre Bürger nicht nur längst im Stich gelassen hat, sondern in vielen Fällen auch mit den Agitatoren der islamischen Front gemeinsam Druck aufbaut. Oft werden Forderungen, im Sinne einer vermeintlichen Integration, erfüllt, noch bevor diese von der anderen Seite klar formuliert wurden. Wer dagegen ist, wird zum Staatsfeind erklärt und muss zum Schweigen gebracht werden. Notfalls werden auch demokratische Mittel, wie das Recht auf die

Durchsetzung von Bürgerbegehren, als Hetze angeprangert und mit grenzwertigen Auflagen belegt. Mit dem Argument der Sicherung des öffentlichen Friedens wird die Demokratie ausgehebelt.

2010 trat der „Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in sämtlichen EU-Staaten in Kraft. Rassistische oder fremdenfeindliche Handlungen sollen in allen Mitgliedstaaten unter Strafe gestellt werden und mit Freiheitsstrafe bedroht sein. Diese [Richtlinie](#) entspricht einem Sprechverbot über den Islam.

## **16/18**

Diese Entwicklung blieb in der islamischen Welt nicht unbemerkt. Der Regierungswechsel in den USA war sehr hilfreich. Die Regierung Obama sollte sich beinahe nahtlos in die Reihe der schwachen Europäer einreihen, vielleicht nicht offen, aber doch gefällig geneigt das Projekt Unterwerfung zumindest zuzulassen.

Die OIC (Organisation der Islamischen Kooperation) ist ein Zusammenschluss von 57 islamischen Ländern. Sie versucht schon seit langer Zeit der UN eine Erklärung abzurufen, die Islamophobie mit Rassismus gleichstellt. Nun sollte dieses Vorhaben auf Betreiben der OIC vorangetrieben werden. Der Istanbul Prozess will ein, im internationalen Recht verankertes, globales Verbot jeder Kritik am Islam oder an der Scharia.

Im März 2011 wurde die [Resolution 16/18](#) des UN-Menschenrechtsrates in Genf verabschiedet. Für die OIC war das ein weiterer Schritt das internationale rechtliche Konzept der Diffamierung des Islam voranzubringen. Darin werden die Länder aufgefordert „Intoleranz, negative Stereotypen und Stigmatisierung von Religionen zu bekämpfen“.

Von 12.-14. Dezember 2011 war Washington Gastgeber einer Konferenz zum Istanbul Prozess. Damit sicherte sich die OIC

die Legitimation der USA die [Kritik am Islam weltweit verbieten](#) zu lassen.

Die Ausläufer dieser Entwicklungen haben schon viele mutige Menschen zu spüren bekommen:

Geert Wilders (NL)

Lars Hedegaard (DK)

Michel Houellebecq (F)

Elisabeth Sabaditsch-Wolff (Ö), (PI berichtete [hier](#) und [hier](#))

Susanne Winter (Ö)

Jasper Langballe (DK)

Jussi Kristian Halla-aho (FIN)

Diese Liste der Schande wird stetig länger. Unser hart erkämpftes Recht auf freie Meinungsäußerung ist in Gefahr am Altar der feigen Political Correctness geopfert zu werden. Gleichzeitig wird so eine offene Auseinandersetzung mit der größten Bedrohung seit dem 2. Weltkrieg verhindert.

Derweil gebiert der Islam mit [Boko Haram](#) und [ISIS](#) neue teuflische Auswüchse, die ihresgleichen suchen. In Ägypten, Syrien, im Irak werden die „Ungläubigen“ verfolgt, massakriert und geschlachtet. Der Islam wütet schlimmer als je zuvor und der Westen hat dieser Art von Unmenschlichkeit scheinbar nichts entgegenzusetzen.

**Fazit:** Heute, dreizehn Jahre nach 9/11 und viele Tote und selbst bei uns per Gesetz Verfolgte später, stehen wir am Rande des sicherheitspolitischen Kollaps. [Europäische Städte](#) werden von der Polizei als „an den Islam verloren“ aufgegeben, [islamische Verstümmelungsriten](#) gibt es auch bei uns, Menschen werden in Europa auf offener Straße [islamkonform geköpft](#), Christen und anderen Kuffar wird [offen mit dem Tod gedroht](#), [moslemischer Judenhass](#) in unseren Straßen, unsere „unislamischen“ [Kinder werden schon in der Schule bedroht](#), wir haben [Schariazonen](#) in vielen Städten mitten in Europa.

9/11 hätte den Westen aufschrecken müssen aber nicht seine

Bürger zu knebeln, sondern dem Islam Einhalt zu gebieten. Stattdessen kuscheln unsere Volkverrätervertreter nicht nur vor immer mächtiger werdenden Islamverbänden, sondern erklären diese hass- und gewaltverherrlichende und -durchsetze Ideologie sogar als Teil unserer Gesellschaft. Bestenfalls gibt es [halbherzig angekündigte Gegenmaßnahmen](#), aber auch da nur gegen die schlimmsten derzeit wütenden islamischen Mörderbanden. Gleichzeitig importieren wir uns den Islam per [Invasorenluftbrücken](#) und „[Rettungsaktionen](#)“ sogenannter „Flüchtlinge“ tagtäglich ins Land. Es wird keine großartigen Anschläge mehr brauchen, der hier bei uns sich breitmachende „Alltagsislam“ wird uns, unsere Werte und unsere Freiheit über kurz oder lang von innen heraus zerstören.

Auf Ground Zero mag es so aussehen als sei die Welt nun eine schönere (Bild oben), in Wahrheit ist es die Camouflage eines dreizehnjährigen Versagens. Dreizehn verlorene Jahre, in denen das Unheil sich ausbreiten und wie ein Pilzgeflecht in unsere Welt einnisten konnte. Wer schon einmal versucht hat ein Myzel vollständig zu entfernen weiß, dass das kaum möglich ist.

9/11 – wir werden niemals vergessen:



## Entnazifizierung:

# Straßenumbenennungen



Da man in den Ruhr-Metropolen bekanntlich keinerlei andere Probleme hat – z. B. mit Haushaltssperren, marodierenden Ausländerbanden, mit Einbruch, Diebstahl, Wohnviertelverwahrlosungen durch Zigeuner – hat man nun einen neuen Plan gegen „Rechts“ entwickelt: Sechs Straßen sollen auf Dortmunder Stadtgebiet umbenannt werden, weil ihre Namensgeber nicht ins politisch ~~gleichgeschaltete~~ korrekte Bild passen.

Die [WAZ](#) schreibt:

*Das Stadtarchiv hatte nach einem Beschluss des Ratsausschusses für Anregungen und Beschwerden das Straßenverzeichnis der Stadt nach belasteten Namensgebern durchforstet. Sechsmal wurden sie fündig und empfehlen nun die Umbenennung der Straßen. Entscheiden über die Umbenennungen müssen die jeweils zuständigen Bezirksvertretungen. Ihr Problem ist, dass Anwohner gezwungen sind, Ausweise oder andere Dokumente ändern zu lassen – was die Stadtverwaltung in solchen Fällen gebührenfrei erledigt.*

*„Als weltoffene Stadt kann man sich solche Straßennamen nicht leisten“, erklärt der stellvertretende Stadtarchiv-Leiter, Dr. Stefan Mühlhofer. „Denn Straßenbenennungen sind natürlich immer eine ganz wichtige Ehrung durch die Stadt.“*

Hier folgt eine Aufstellung der betroffenen Straßen samt der

Historie ihrer Namensgeber. Auf einer interaktiven Karte sind im WAZ-Artikel außerdem andere Städte als Referenzen für die Streichung derselben Namen angegeben, denen man in üblicher Gutmenschanier natürlich in nichts nachstehen will:

### **Stehrstraße**

*Hermann Stehr (1864 – 1940) war ein schlesischer Heimatdichter, der als geistiger Wegbereiter und begeisterter Anhänger des Nationalsozialismus gilt.*

### **Speestraße**

*Maximilian von Speer (1861 – 1914) war ein Konteradmiral der kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg. Er sammelte im Weltkrieg zweifelhaften Ruhm bei einer Seeschlacht gegen die Briten im Südatlantik. Er wurde in der Nazi-Zeit verherrlicht.*

### **Nettelbeckstraße**

*Joachim Christian Nettelbeck (1738 – 1824) war Seefahrer und überzeugter Kolonialpropagandist, dazu Verteidiger Kolbergs gegen Napoleon. Er wurde in der Nazi-Zeit verherrlicht.*

### **Carl-Duisberg-Straße**

*Carl Duisberg (1861 – 1935) war als Industrieller maßgeblich an der Giftgas-Produktion und Deportation von Zwangsarbeitern während des Ersten Weltkriegs beteiligt, war zudem Antisemit und Gegner der Weimarer Demokratie. Auch wenn man spätere positive Aspekte seiner Lebensleistung berücksichtige, sei eine Umbenennung der Carl-Duisberg-Straße zu empfehlen, urteilen die Experten des Stadtarchivs.*

### **Castellestraße**

*Friedrich Castelle (1879 – 1954) war ein münsterländischer Heimatdichter, der als geistiger Wegbereiter und begeisterter Anhänger des Nationalsozialismus gilt.*

### **Wagenfeldstraße**

*Karl Wagenfeld (1869 – 1939) war ein münsterländischer Heimatdichter, der als geistiger Wegbereiter und begeisterter*



*Anhänger des Nationalsozialismus gilt.*

Vielleicht findet man ja noch ein paar ehrengemordete Türkinnen, nach denen man die Straßen dann neubenennen kann. Auch könnte man die Straßen allgemein nach den Opfern von moslemisch-koranischer Gewalt umbenennen, aber dafür müssten wohl erst einmal neue Städte gebaut werden, weil die Anzahl der Straßen nicht ausreicht.

Wir bitten unsere Leser um Vorschläge für weitere Straßenumbenennungen und um Alternativen.

Kontakt:

Stadt Dortmund – Stadtarchiv  
Prof. Dr. Thomas Schilp  
Märkische Str. 14  
44122 Dortmund  
Telefon: 0231 50-22156  
Fax: 0231 50-26011  
E-Mail: [stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de](mailto:stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de)

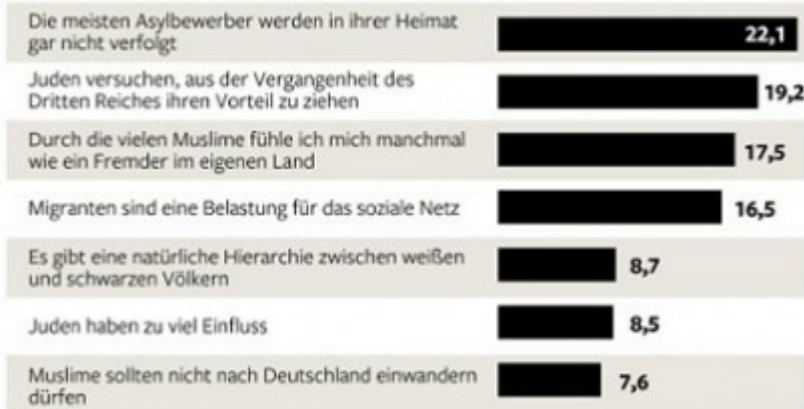


**Pflegt ein Fünftel der Deutschen Vorurteile gegen**

# Juden und Muslime?

## VORBEHALTE DER DEUTSCHEN GEGEN MINDERHEITEN

Zustimmung zu Aussagen, in Prozent



QUELLE: STUDIE "ZUGLEICH", UNIVERSITÄT BIELEFELD UND MERCATORSTIFTUNG

DIE WELT

Dieses

Umfrageergebnis einer „Studie“ wird uns wieder als rassistisch, antisemitisch und diskriminierend unter die Nase gerieben. Nun, wo bei uns „Studie“ draufsteht, sind in Wahrheit meistens nur Propaganda und Lügen drin. Kommen wir zu Punkt 1. Jeder Idiot, nur unsere volldepperte Journalistenschar nicht, kann beim Innenministerium nachlesen, wieviele Asylanterner anerkannt werden:

*Im ersten Halbjahr 2014 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 60.467 Entscheidungen (Vorjahr: 31.191) getroffen. Insgesamt 11.818 Personen (19,5 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. **Darunter waren 903 Personen (1,5 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 10.915 Personen (18,0 Prozent), die Flüchtlingschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i. V. m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten...***

Interessant: Bloß 1,5 Prozent Asylberechtigte nach dem Grundgesetz! [Der Rest sind sozusagen](#) großzügigst anerkannte, gnädigst gewährte Kulanzfälle. Und trotzdem wurden 60 Prozent,

also die meisten, oder was sind 60 Prozent sonst, nicht anerkannt. Wo ist also das Vorurteil? Eine Tatsache kann nie ein Vorurteil sein.

Kommen wir zum interessanten Punkt 3: Durch die Muslime fühlen sich 17,5 Prozent „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“! Was ist daran ein Vorurteil? Wenn die Leute so etwas sagen, dann ist es eine Tatsache. So sind ihre Gefühle, und diese Gefühle sind eben Tatsachen, um es nochmals zu sagen. Selbst wenn 100 Prozent gesagt hätten, sie fühlen sich durch Moscheen und verschleierte Frauen als Fremde im eigenen Land, dann wäre das eine Tatsache und doch kein Vorurteil! Aber soviel Hirn hat die Journaille nicht oder will sie nicht haben!

Auch Punkt 4 ist eine unumstößliche Tatsache und niemals ein Vorurteil. Natürlich sind die „Migranten“ eine Belastung für die Sozialkassen. Man muß sich nur die derzeitige Suche nach Asylunterkünften in Zelten, Kasernen, Klöstern, Containern, Schulen und sonstwo ansehen. Sämtliche Flüchtlingsaufnahmestellen platzen aus allen Nähten. Kostet das nichts? Soll das keine Belastung für das soziale Netz sein?

Wir drücken uns aber auch nicht um Punkt 2 herum. Auch der stimmt. Bevor hier das politkorrekte Geheul einsetzt, ein Presseauschnitt:

*Es war ein spektakulärer Beutezug durch das Europa des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts. Binnen gut fünf Jahren trotzte ein jüdischer Verein in New York dem alten Kontinent zwischen 10 und 20 Milliarden Dollar Restitutionsgeld ab. Der Name des Vereins: World Jewish Congress, abgekürzt WJC. Sein bekanntestes Gesicht: Generalsekretär Rabbi Israel Singer, manchmal auch Dr. Israel Singer...*

Die Geschichte vom Betrüger Singer steht nicht bei der NPD, sondern [in der Schweizer Weltwoche](#) ganz ausführlich! Korrigieren Sie die, wenn sie etwas besser zu wissen meinen!

Natürlich wurde der Holocaust ausgenutzt, um moralisch Milliarden zu erpressen. Nochmals, lesen Sie den Bericht der WELTWOCHEN und verschonen Sie uns mit Kritik. Was hat aber eine Tatsache mit Antisemitismus zu tun? Gar nichts!

Was bleibt also von den „Vorurteilen“ übrig? Gerade mal die letzten drei Punkte der obigen Grafik. Ja, das sind Vorurteile, aber die Prozentsätze dahinter sind eher mickrig, wobei jeder weiß, daß man die Leute auch blöd fragen kann, um entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Die Studie könnte man einstampfen, aber täglich müssen die Leser politkorrekt gehirngewaschen werden! Und hier steckt wieder einmal eindeutig der Versuch dahinter, Moslems als Opfer den Juden gleichzustellen und so zu tun, als ob sie bald vor dem KZ stünden! Lächerlich!

Passend zum Thema: [Die BILD ruft heute wieder im Großformat zur Teilnahme an der Kundgebung gegen Juden Hass am Sonntag in Berlin auf.](#)

Dazu veröffentlicht sie einen Artikel, der die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung anhand mehrerer dokumentierter Vorfälle aufzeigen soll. Und dreimal darf geraten werden, welche Tätergruppe mit keiner einzigen Silbe erwähnt wird, während die offenbar allgegenwärtigen, tausenden von "Rechten" sechs mal genannt werden?

---



## **Bombt Obama gegen IS oder Assad in Syrien?**



Wie geschickt! *Im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) weiten die USA ihre Luftangriffe vom Irak auf Syrien aus. Er werde nicht zögern, in beiden Ländern gegen die Dschihadisten vorzugehen, sagte Präsident Barack Obama am Mittwochabend (Ortszeit) [in seiner Rede an die Nation](#). Wetten, daß bei dieser „Ausweitung“ eines Nachts der Palast von Assad in Damaskus „aus Versehen“*

getroffen wird! Zur Erinnerung ein Interview mit Scholl-Latour 2012:

*Herr Scholl-Latour, wie viel Zeit geben Sie dem Assad-Regime noch?*

*Viele Hunde sind des Hasen Tod. Der Umsturz und der Fall des Regimes erfolgen nicht von innen her. Er wird systematisch von außen betrieben. Assad hat natürlich im Land sehr viele Feinde. Aber so, wie der „Arabische Frühling“ bisher verlaufen ist, würde sogar der sunnitische Mittelstand, der in Syrien sehr bedeutend ist, auf diesen Bürgerkrieg gerne verzichten.*

*Assad ist Alewit, gehört also einer Minderheit an. Wie sind die Alewiten einzuordnen?*

*Assad hat sie auf seiner Seite. Es handelt sich dabei um kampferprobte Truppen, sogar um grausame Milizen, die jetzt um ihr Leben kämpfen. Es geht nicht nur um das Verteidigen von Privilegien. Diese Truppen werden massakriert, wenn ihre Gegner an die Macht kommen.*

*Was haben die Christen zu befürchten?*

***Das ist im Fall Syrien der eigentliche Skandal. Der Westen kümmert sich nicht im Geringsten um das Schicksal der syrischen Christen – immerhin zehn Prozent der Bevölkerung. Den Christen wird es nach einer Machtergreifung durch die Salafisten ebenso ergehen wie einst den Christen im Irak, von denen die Hälfte bereits geflohen ist. Bei aller Kritik darf man nicht vergessen, dass das Assad-Regime das einzige säkulare im gesamten Orient war. Es gab in Syrien sogar einen christlichen General, der erst kürzlich umgebracht worden ist.***

Und wer hat die IS-Terrormiliz überhaupt „gegründet“ und finanziert, wenn man so sagen darf?

*Wer steht hinter den Aufständischen in Syrien, wer unterstützt sie?*

*Saudi-Arabien, Katar, die Türkei und natürlich die USA. Nicht zu vergessen die Europäer, die ebenfalls kräftig mitmischen. Sie sind vor allem verbal immer in vorderster Front zu finden. Etwa beim Fordern von Sanktionen. Geht es um tatkräftiges Engagement, stellen sie sich allerdings meist weit hinten an. Diese Rufe nach Sanktionen sind wenig sinnvoll, weil sie in erster Linie die armen Bevölkerungsteile treffen. Und nicht die führenden Schichten, wie wir wissen.*

Wie gesagt, das [Interview fand 2012 statt](#). Aber jeder Satz stimmt immer noch oder das Vorausgesagte ist bereits eingetroffen!

---

## **Berliner Antifa hat fertig**



Die staatlich subventionierten Linksextremisten von Berlin haben resigniert und jammern über zu viele interne Streitigkeiten, insbesondere Differenzen beim Umgang mit erstarkenden „Rechtspopulisten“. Niemand will mehr dem Chaotenhaufen beitreten, so dass der Zersetzungsprozess nun letztendlich zur Auflösung der einflussreichen Berliner Antifa-Gruppe „Antifaschistische Linke Berlin“ geführt hat.

[Die Freie Welt](#) schreibt:

*Die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppe bedauert, daß in zentralen Fragen keine Einigkeit mehr bestand, hier insbesondere im Umgang mit immer erfolgreicher auftretenden »rechtspopulistischen Parteien« und einem »Rassismus der Mitte« seien keine Antworten mehr gefunden. Nach der früheren »Fokussierung auf den Kameradschafts- und NPD-Nazi« sei eine Neuorientierung auf nunmehr erfolgreichere politische Strömungen im rechten Spektrum nicht gelungen.*

*Schließlich stellt die 2003 gegründete Gruppierung in einem Schreiben fest: »Unseres Erachtens befindet sich die klassische Antifa-Bewegung in einer Krise«. Es bedürfe »für die radikale Linke einer Neubewertung der Verfaßtheit ihrer Strukturen, ihrer Wirkungsmacht und einer linksradikalen Perspektive, die ihren Namen noch verdient.« Das alte Motto »Antifa heißt Angriff« sei nur noch »als Stillstand und Phrasendrescherei zu werten«. Für ein 'weiter so' bestehe keine Perspektive mehr.*

*Die ALB gehörte zu den Mitorganisatoren der stets von Gewalt begleiteten 1.-Mai-Demonstrationen. Der Verfassungsschutzbericht bestätigte, daß diese zuletzt verstärkt unter internen Streitigkeiten und einem Mitgliederschwund litt. Nachwuchs blieb in den letzten Jahren aus. Kaum noch junge Leute ließen sich für die Ziele der Antifa begeistern.*

Wie schön, dass Dummheit tatsächlich mal an der Realität scheitert. Kein Wunder also, dass niemand mehr beitreten will, denn selbst die Dümmeren begreifen langsam aber sicher, dass die linke Denke unsere Gesellschaft als eine funktionierende Volksgemeinschaft und damit auch unseren gesamten Staat gefährdet, samt seinen sozialen Errungenschaften, derer sich die Linken nur allzu gern ohne Gegenleistungen bedienen.